72. Jahrgang. № 287 Mittwoch, 20. Juni 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 30. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 3.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das englische Oberhaus verlangt beschleunigte Abrüstung.

Zusammentritt des Abrüstungsausschusses vor der nächsten Völkerbundssitzung gefordert.

London, 19. Juni. **Heute fand im Oberhaus eine bemerkenswerte Abrüstungsdebatte statt. Lord Cecil erklärte, es sei wünschenswert, daß der Vorbereitende Abrüstungsausschuß vor der Zusammenkunft der nächsten Völkerbundsversammlung zusammentrete. Er erinnerte das Haus an die von den Alliierten in Versailles übernommenen Verpflichtungen, abzurüsten, und betonte, daß das Haus erkannt hat, wie wenig zufriedenstellend die gegenwärtige Abrüstungslage sei.** Der Allgemeine Vorbereitende Ausschuß des **Völkerbundes habe so gut wie nichts getan, außer daß er den Vorschlag der Sowjetregierung verwarf.** Eine solche negative Haltung müsse eine entmutigende Wirkung auf diejenigen haben, die bestrebt seien, etwas vereinbart zu sehen. Cecil hob hervor, daß Deutschland bestrebt sei, die Frage vorwärts zu bringen. Die Russen, sagte er, schlössen sich — sei es ehrlich oder unehrlich — (und er drückte keine Ansicht in diesem Punkte aus) der Forderung nach irgendeiner Tat an. Zum Schluß gab Lord Cecil der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung nicht einen rein negativen Standpunkt einnehmen werde.

Lord Cushendun

antwortete für die Regierung und erklärte, er glaube nicht, daß man zu einer Lösung durch irgendwelche anderen Mittel gelangen könne als durch die Methode ruhiger Erörterung.

Die in der Völkerbundsgesetzgebung niedergelegte Verpflichtung, abzurüsten, habe ihre Grenzen, die durch die Rücksicht auf die nationale Sicherheit vorgezeichnet seien.

Wenn ein Land erkläre, „unsere nationale Sicherheit erfordert die und die Rüstung", so habe man keine Macht, es zu zwingen, die etwa vom Völkerbundsrat formulierten Pläne anzunehmen. **Er habe den Abrüstungsvorschlag der deutschen Delegation abgelehnt, weil die technischen Ratgeber der Ansicht seien, daß es einer dritten Partei niemals möglich sein werde, kriegsführenden Parteien einen Waffenstillstand aufzuerlegen.** Cushendun erklärte, daß zweiseitige Verträge und noch mehr regionale Verträge, wie Locarno, eine bessere Methode zur Sicherung des Weltfriedens darstellten, als die großen allgemeinen Verträge. England könne mit vollem Recht und Stolz hinweisen auf das, was Europa in der kritischsten Zeit geleistet habe, und sagen: „Folgt unserem Beispiel, wenn dies möglich ist, und schafft in einem anderen Teil Europas einen Locarnovertrag nach denselben Grundsätzen."

Cushendun bezeichnete den finnischen Vorschlag der finanziellen Unterstützung einer angegriffenen Nation als einen sehr wichtigen Beitrag zur gesamten Frage der Sicherheit, und sagte, die britischen Vertreter seien die Hauptführer in der Unterstützung dieses Vorschlags gewesen. Cushendun gab schließlich der Ansicht Ausdruck, daß es dem Vorsitzenden des Ausschusses überlassen bleiben möge, wann der Ausschuß zusammenberufen werden soll. Zur richtigen Zeit werde eine Zusammenkunft des Vorbereitenden Ausschusses wahrscheinlich zu einem nützlichen Ergebnis führen.

Das Oberhaus stimmte hierauf mit einigen Abänderungen der Entschließung Lord Cecils zu, die den Zusammentritt des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses vor der nächsten Völkerbundssitzung fordert, und vertagte sich hierauf.

*

Die Abstimmung des Oberhauses, die sich gegen den Vertreter der englischen Regierung im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß richtet, ist außerordentlich bedeutsam. Lord Cecil, der Vorgänger Cushenduns, hat die Dinge beim richtigen Namen genannt. Wenn jetzt Cushendun die These aufstellt, daß die Abrüstung der heute noch nicht abgerüsteten Länder abhängig ist von ihrer Sicherheit, so ist davon im Versailler Vertrag nichts zu finden. Dort ist eindeutig und klar festgesetzt, daß nach der Abrüstung Deutschlands die allgemeine Abrüstung stattzufinden hat. Im September vergangenen Jahres sagte Graf Bernstorff im Abrüstungsausschuß: „Ich konstatiere, daß die Völker anfangen, die Sicherheit nur noch als einen Vorwand zu betrachten, die Abrüstung zu verschieben." Diese Worte haben sich auch in diesem Falle bewahrheitet. Wenn das Oberhaus in seinem Entschluß sich dafür ausspricht, daß die endgültige Abrüstungskonferenz möglichst bald, noch vor der Völkerbundstagung anzusetzen sei, so entspricht dies dem, was von deutscher Seite schon im September, im Dezember und zuletzt wieder im März gefordert worden ist. Der Passus in der Rede Cushenduns, daß in einem anderen Teile Europas noch ein Locarnovertrag geschaffen werden sollte, ist höchst merkwürdig. Sollte Cushendum damit ein Ostlocarno meinen, so würde das der bisherigen Haltung der englischen Regierung, die eine Garantierung der polnischen Grenzen gegen Deutschland über den Locarnovertrag von 1925 hinaus stets nachdrücklich abgelehnt hat, strikte widersprechen.

Die Suche nach der „Italia".

Amundsen bei Nobile?

Berlin, 19. Juni. **Das „Berl. Tagebl." meldet aus Oslo: „Morgenbladet" verbreitet spät abends die Nachricht, daß Amundsen heute nachmittag glatt neben Nobile gelandet sei. Ganz Oslo ist außer sich vor Freude. Eine Bestätigung dieser Meldung von anderer Seite liegt bisher nicht vor.**

Tragische Stunden im Eismeer.

Rom, 19. Juni. „Agenzia Stefani" veröffentlicht einen Funkspruch der „Citta di Milano", in dem es heißt, Riiser Larsen und Lützow Holm seien bei der Rückkehr von ihrem gestrigen Fluge unterrichtet worden, daß sie von Nobile in einer Entfernung von etwa 2 Kilometer gesichtet wurden. **Mit bewunderungswürdigem Eifer unternahmen beide sofort mit demselben Apparat einen neuen Flug, aber auch diesmal gelang es ihnen nicht, das rote Zelt Nobiles zu erblicken.** Major Maddalena startete heute früh 5,25 Uhr. Er überflog die „Braganza" in der Nähe des Nordkaps in dem Augenblick, als die norwegische Maschine zurückkehrte. Auch Maddalena gelang es nicht, Nobile zu finden. Maddalena kehrte um 11,45 Uhr wieder nach Kingsbay zurück. **Nobile wurde dahin unterrichtet, daß er beim nächsten Fluge der S 55 dem Flugzeuge radiotelegraphisch die Route angeben solle, sobald das Flugzeug in Sicht käme.**

Die „Freundschaft" in Southampton eingetroffen.

London, 19. Juni. Das amerikanische Flugzeug „Freundschaft", das am Montag mit den Fliegern Fräulein Earhart und Wilmer Stultz nach Ueberquerung des Ozeans infolge Brennstoffmangels in der Nähe von Llanelley in Südwales niedergehen mußte, ist am Dienstagvormittag in Southampton eingetroffen.

Der Willkommen, den die Friendshipflieger in Southampton erhielten, war international: denn der Menge der Amerikaner, unter denen sich auch der amerikanische Konsul befand, schlossen sich die Passagiere des holländischen Dampfers „Usambara" und die Matrosen dreier chilenischer Zerstörer an, die sich auf dem Deck ihrer Schiffe versammelten und ihr Willkommen ausriefen, das fast von dem Chor der Sirenen aller im Hafen liegenden Dampfer erstickt wurde. In den Straßen jubelten Tausende von Menschen den Fliegern zu, denen die Bürgermeisterin der Stadt einen Empfang gab.

Nanking dreht den Spieß um.

Schadenersatzforderungen an Japan.

Peking, 19. Juni. Meldungen aus Nanking zufolge, hat die Nankinger Regierung die japanische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß bei dem Zusammenstoß der japanischen und chinesischen Truppen in Tsinan von japanischen Truppen 4200 Personen getötet und etwa 8000 Personen verwundet wurden. Die Verluste Chinas betrugen über 41 Millionen Dollar. **Die Nanking-Regierung macht Japan für diese Verluste verantwortlich und ersucht um Entschädigung. Außerdem protestiert die Nanking-Regierung gegen die Beleidigung der Flagge der neuen chinesischen Regierung.**

Die Wahl der Pariser Kammerkommissionen.

Boncour Vorsitzender des Außenausschusses.

Paris, 19. Juni. Die Kammer wählte am Dienstag die Präsidenten der großen Kommissionen: Paul Boncour zum Vorsitzenden der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten durch Akklamation, Malvy zum Vorsitzenden der Finanzkommission mit 27 gegen 14 Stimmen, Chappedelaine (Linksradikaler) zum Berichterstatter mit 27 gegen 17 Stimmen und Maginot zum Vorsitzenden der Heereskommission mit 28 gegen 12 Stimmen.

Konflikt im Finanzausschuß.

Paris, 19. Juni. Im Finanzausschuß der Kammer kam es heute nach der Wahl Malvys zum Vorsitzenden bei Besetzung der Posten des Vizepräsidenten und der Berichterstatter zu einem offenen Konflikt zwischen den Parteien der nationalen Einigung und den Vertretern des ehemaligen Kartells der Linken. **Als sich herausstellte, daß für die Mehrzahl der Stellen Angehörige der Linksparteien gewählt waren, legten vier gleichzeitig gewählte rechtsstehende Abgeordnete ihre Aemter nieder** mit der Begründung, daß sich wieder einmal zum Zwecke der Gewinnung von Aemtern und zur Ausschaltung der anderen Gruppen ein Kartell gebildet habe, das sich jedoch wieder auflösen werde, wenn es sich darum handele, eine Regierung und ihre Politik zu unterstützen. (W. T. B.)

Neue Regierungen in Süddeutschland.

Für die politische Struktur des Reiches ist die Zusammensetzung der Regierungen der großen Länder nicht zuletzt wegen der Stimmenverteilung im Reichsrat von allgemeiner Bedeutung. Besonders seitdem die Weimarer Koalition in Preußen die verfassungsmäßige Ländervertretung zum Tummelplatz ihres Kleinkrieges gegen das Reich gemacht hat, wirkte die konservative Grundeinstellung der bayrischen und württembergischen Vertreter als notwendige Bremse. Noch wichtiger kann die süddeutsche Einstellung in Zukunft werden, wenn im Reich und in Preußen ausgesprochene Linksregierungen am Ruder sind, die gemeinsam am unitarischen Strang ziehen und auch sonst in allen inneren Fragen zu staats- und wirtschaftsgefährdenden Uebertreibungen neigen. Deshalb verdienen die Schwierigkeiten der Regierungsbildung in München und Stuttgart im Reichsinteresse auch außerhalb der weiß-blauen und schwarz-roten Grenzpfähle aufmerksame Beachtung.

In Bayern ist der Wahlausfall von denselben Erscheinungen begleitet gewesen wie im ganzen Reich: Wahlfaulheit des Bürgertums, ungeheure Stimmenzersplitterung und Anwachsen der äußersten Linken. Trotzdem ergibt sich das anormale Bild, daß die bisherige Regierungskoalition aus Bayrischer Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund im neuen Landtag eine breitere Grundlage hat als bisher. Das liegt einmal an der Selbstauflösung der Rechtsopposition im völkischen Block, an dessen Stelle allerdings in bescheidenerem Umfang die Hitler-Bewegung getreten ist, und dann an dem Umstand, daß die Mandatsverluste der Bayrischen Volkspartei dem Bauernbund, also auch einer bisherigen Koalitionspartei, zugute gekommen sind. Aber eben aus dieser Ursache resultieren die Schwierigkeiten, in denen sich die Bayrische Volkspartei als immer noch ausschlaggebender Faktor der Regierungsbildung bei der Auswahl ihrer künftigen Koalitionsgenossen windet. Rein rechnerisch bestehen zwei Möglichkeiten: entweder es bleibt alles beim alten, oder es kommt zum Linkskurs auch in Bayern durch Verbindung der Bayrischen Volkspartei mit der Sozialdemokratie. Eine solche unnatürliche Ehe hat vor dem Kriege schon einmal bestanden, als die Roten und die Schwarzen den damals noch kräftig pulsierenden Liberalismus als den gemeinsamen Feind empfanden — und sie liegt auch heute nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Hauptsächlich deshalb, weil die wilde Agitation des radikalen Bauernbundes unter Führung von Halbkommunisten im Wahlkampf tiefe persönliche Verstimmungen hinterlassen hat, die es der großen katholischen Partei schwer machen, sich mit diesen Leuten wieder auf eine gemeinsame Regierungsbank zu setzen. Und die Lage wird noch weiter erschwert dadurch, daß der Bauernbund, gestützt auf seinen Mandatszuwachs, eine stärkere Vertretung in der Regierung beanspruchen wird als in der Vergangenheit, wo er nur das Landwirtschaftsministerium verwaltete. Zu alledem kommt noch durch die Annäherung der Bayrischen Volkspartei an das Zentrum ein Wiedererwachen der in ihr schlummernden Linkstendenzen und eine interne Streitigkeit mit den Deutschnationalen, alles Umstände, die wohl geeignet sind, nach acht langen Jahren dem Linkskurs in Bayern wieder die Bahn zu ebnen. Schon spricht man ja in München von zwei sozialdemokratischen Ministerposten des Innern und der Justiz; ein Zeichen, daß es auch von dieser Seite, ganz im Gegensatz zu Sachsen, an Bereitwilligkeit nicht fehlt.

Die Frage, die nach dem in diesen Tagen erfolgenden Rücktritt des Kabinetts Held brennend wird, ist die, ob die Hemmungen gegen einen Linksabrutsch nicht doch stärker sein werden als die dahin treibenden Kräfte. Allzu kühnen Hoffnungen hat der „Regensburger Anzeiger", das Blatt des Ministerpräsidenten, schon einen Dämpfer aufgesetzt, indem er schreibt: „Vor einer Koalition mit der Sozialdemokratie stehen zwei große Fragezeichen. Das eine Kulturpolitik, das andere bayrische Staatspolitik als Mittel zur Erhaltung des Staates Bayern. Es liegen keine Anzeichen vor, daß die bayrische Sozialdemokratie imstande wäre, eine befriedigende Antwort auf diese Fragen zu geben." Damit sind zwei überragende Gesichtspunkte gegeben, die für die Regierungsbildung in Bayern ausschlaggebend sein werden. Ganz besonders das starke Interesse, das die Bayrische Volkspartei von jeher der Erhaltung der bayrischen Eigenstaatlichkeit entgegengebracht hat, wird ihr bei der Entscheidung zwischen rechts oder links über manche Verstimmungen hinweghelfen, um so mehr, als die bevorstehende Entwicklung im Reich, die ein starkes Vorprellen des Unitarismus mit sich bringen wird, die Zusammenballung aller föderalistischen Kräfte in einer widerstandsfähigen Regierung für Bayern zur Lebensnotwendigkeit macht. Daß dieser Gedanke im bayrischen Volk noch eine wirkliche Kraft bedeutet, hat ja der Durchfall erwiesen, den sogar Dr. Stresemann mit seiner bayrischen Kandidatur erlitten hat. Man kann also trotz aller nicht zu leugnenden Schwierigkeiten wohl damit rechnen, daß in den Verhandlungen der nächsten Woche die Empfindlichkeiten des Wahlkampfes zurücktreten werden und daß dafür wieder die staatspolitische Einsicht Einzug hält mit dem Ergebnis, daß die alte Koalition erneuert wird und ihre jetzt doppelt wichtig werdende Aufgabe im Reichsganzen weiter erfüllt.

Während in Bayern noch alles auf des Messers Schneide steht, ist in Württemberg eine vorläufige Entscheidung in diesem Sinne bereits gefallen, obwohl hier die durch den Wahlausfall geschaffenen Mehrheitsverhältnisse noch schwieriger lagen. Die Rechtsregierung Bazille war hier in die

SLUB
Wir führen Wissen.